



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP II. 6. Unterstützung der Bestrebungen zur Wiederbelebung der Verkehrsdaten- speicherung auf europäischer Ebene

Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,
Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Schleswig-Holstein

1. Die Justizministerinnen und Justizminister stellen fest, dass eine verbindliche Verkehrsdatenspeicherung für die erfolgreiche Bekämpfung von Straftaten im digitalen Zeitalter aus rechts- und sicherheitspolitischer Sicht unverzichtbar ist. Sie bedauern, dass diese derzeit trotz der vorhandenen gesetzlichen Grundlage unter anderem wegen Zweifeln an der Vereinbarkeit mit dem Europarecht nicht umgesetzt wird.
2. Sie unterstützen daher die aktuellen europäischen Überlegungen zur Wiederbelebung der Verkehrsdatenspeicherung und bitten die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, sich auf europäischer Ebene weiterhin nachdrücklich für die zeitnahe Schaffung gültiger europarechtlicher Vorgaben für eine verbindliche Verkehrsdatenspeicherung einzusetzen, die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union in der Auslegung des Europäischen Gerichtshofs im Einklang stehen und als Grundlage für wirksame nationale Ermittlungen dienen können.